

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

45. Sitzung
22. Januar 2026

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.59 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0234](#)
Kurdisches Leben in Berlin IntGleich
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0242](#)
Kurdische Diaspora in Berlin – Aktive Gestaltung IntGleich
und Communityarbeit
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich darf ganz herzlich die Anzuhörenden willkommen heißen. Sie haben schon Platz genommen. Ich darf zu diesem Punkt auch ganz herzlich, wie ich sie auch schon eingangs begrüßt habe, Frau Niewiedzial begrüßen – sie ist die Leiterin der Abteilung Integration und Migration –, ebenso auch Frau Keleş von SenASGIVA. Sie stehen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. – Herzlich willkommen! – Ich darf Sie darüber informieren, dass wir über das Ausschussbüro eine fachkundige Person aus der Senatsverwaltung für Bildung gebeten haben, zum – – aber das ist folgende Situation: Der Parallelausschuss ist der Bildungsausschuss. Die haben heute den Schwerpunkt Mehrsprachigkeit, und die zuständige Kollegin ist dort gebunden und kann daher leider nicht zu diesem Ausschuss kommen. Das als Info für Sie.

Jetzt darf ich die Anzuhörenden noch mal namentlich herzlich begrüßen. Ich mache das einfach mal in alphabetischer Reihenfolge. – Herzlich willkommen, Herr Farhad Ahma! – Er ist Mitbegründer und Vorsitzender von PÊL – Civil Waves e. V. Dann darf ich Frau Günay Darici begrüßen, Geschäftsführerin von Yekmal e. V. – herzlich willkommen! –, Herrn Enver Şen, Vorstandsvorsitzender des Kurdischen Zentrums e. V. – auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – und Herrn Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland e. V. sowie Ehrenpräsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenvverbände in Deutschland e. V. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – Sie sind darüber informiert, dass Sie ein Eingangsstatement von etwa fünf Minuten machen. Zu den Details kommen wir gleich noch.

Ich gehe davon aus, dass unsere Ausschussmitglieder wieder ein Wortprotokoll haben möchten. – Es wird zustimmend genickt, dann verfahren wir so. Wer möchte die Begründung des Besprechungsbedarfs zu 3 a machen? – Herr Omar von den Grünen startet. – Bitte sehr!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anzuhörende! Es freut mich sehr, dass Sie heute hier sind, um über das kurdische Leben in Berlin, in der Hauptstadt Deutschlands, zu sprechen. Die Kurdinnen und Kurden bilden mit schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen in Deutschland und circa 100 000 bis 200 000 Menschen in Berlin eine der größten Einwanderungsgruppen, und das nicht erst seit gestern, sondern seit 1919, als die ersten Kurden nach Deutschland eingewandert sind, und dann in unterschiedlichen Phasen, als das Anwerbeabkommen mit der Türkei geschlossen wurde und dann später, als die Unterdrückung der Kurden in der Türkei zugenommen hat, bis

hin zum Bürgerkrieg in Syrien, der einen Großteil der Bevölkerung, darunter auch die Kurden, vertrieben hat, worauf diese in Richtung Europa geflüchtet sind.

Es gibt keine genauen Zahlen. Warum nicht? – Die Kurden werden als Staatsbürger der Türkei, Syriens, Iraks und Irans deklariert, und daher wird ihre ethnisch-linguistische Zugehörigkeit im zentralen Ausländerregister nicht erfasst, und das ist für sie ein Problem, weil unsere Verwaltung, unsere Behörden damit oft die Bedarfe der kurdischen Bevölkerung weder erfassen noch ermitteln noch darüber gesprochen wird. Auch in diesem Parlament ist dies die erste Sitzung, bei der man über das kurdische Leben in Deutschland und in Berlin spricht. Das führt dazu, dass sie tagtäglich antikurdischen Rassismus im Alltag, aber auch in den Behörden erleben. Heute werden wir hoffentlich auch darüber sprechen, und welche Maßnahmen wir hier ergreifen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von euch sind darüber informiert, was aktuell im Nahen Osten geschieht. Wir können nicht glaubwürdig über das kurdische Leben in Berlin sprechen, ohne dass wir über die Situation der Kurden in Rojava, in Syrisch-Kurdistan im Norden Syriens sprechen, denn dort findet seit mittlerweile einer Woche eine Schlacht gegen die Kurden statt. Viele Gebiete sind gefallen. Viele Menschen sind ermordet worden, Kämpferinnen und Kämpfer, aber auch Zivilistinnen und Zivilisten, die von Islamisten, Dschihadisten der Übergangsregierung in Damaskus angegriffen wurden, und zwar nachdem die USA unter der Administration von Trump ihren Schutz der Kurden fallen ließen, obwohl die Kurdinnen und Kurden seit über einem Jahrzehnt der entscheidende Faktor im Kampf gegen den Terror des sogenannten Islamischen Staats, IS, stellvertretend für uns alle in der Welt waren und immer noch sind.

Der IS ist nicht nur im Nahen Osten ein Problem und destabilisiert dort, sondern auch hier in Europa sind wir direkt betroffen. In den letzten Jahren gab es Anschläge auf Zivilisten in Berlin, in Paris, in Brüssel, in London und an vielen anderen Orten. In diesem Kampf waren die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer unsere verlässlichen Partner. Bis heute sichern Sie die Gefängnisse und Lager mit Zehntausenden IS-Kämpferinnen und -Kämpfern und deren Angehörigen, darunter auch zu Tausenden europäische Staatsbürger, die seit Jahren nicht aufgenommen werden, obwohl sie deutsche, belgische, französische Staatsbürger sind, weil man sich mit dieser unangenehmen Frage hier in Deutschland nicht befassen will. Das ist die Realität der Menschen aktuell dort. Die Bilder, die auch die Menschen hier in Deutschland und in Berlin erreichen, wo die kurdischen Geflüchteten, die Jesidinnen leben, sind traumatisierend, wenn sie sehen, wie die Frauen ermordet, wie ihre Haare geschnitten und sie in den Händen dieser Dschihadisten gefilmt werden und dies weltweit verbreitet wird.

Durch die aktuellen Angriffe auf die kurdischen Gebiete in Syrisch-Kurdistan sind diese Lager und Gefängnisse unter Druck. Hunderte beziehungsweise Tausende von IS-Kämpfern sind mittlerweile geflohen, und weitere werden fliehen, weil die Kontrolle über diese Gefängnisse und Lager aktuell die dschihadistische, islamische Übergangsregierung in Damaskus hat. Das ist nicht nur ein Verrat an den Kurden, sondern das ist auch ein Verrat an unseren eigenen Werten hier in Europa. Ich sage nur: Letzte Woche war noch ein Besuch des Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa in Berlin geplant. Er wurde zwar von ihm selbst abgesagt, aber der Bundeskanzler hat gesagt, die Einladung gilt weiterhin. Sie wollen mit ihm Geschäfte machen, so wie Trump aktuell Geschäfte macht, damit man Menschen abschieben kann. Wir wollen also hier in Deutschland Geschäfte mit dschihadistischen Regierungen ein-

gehen, damit wir einige Flüchtlinge abschieben können, und gefährden dafür unsere eigene Sicherheit sowie die Sicherheit der Menschen dort vor Ort.

Diese Entwicklungen haben direkte Auswirkungen auch auf unsere Stadt Berlin, auf die Menschen, die hier leben, die diese hochgradig traumatisierenden Bilder tagtäglich erleben und sehen, wie ihre Städte, ihre Familien bombardiert und vertrieben werden. Ich will nicht so viel auf dieses Thema eingehen, weil das ein Thema ist, wozu man extra eine Anhörung haben könnte, aber für die Integration und Teilhabe der kurdischen Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus Kurdistan müssen wir auch in Berlin Maßnahmen ergreifen, damit die Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe hier nicht fortgesetzt wird. Wenn unsere Verwaltungen kurdische Projekte, die beantragt werden, ablehnen mit der Begründung: Die Kurden aus der Türkei sprechen ja Türkisch, die Kurden aus Syrien sprechen Arabisch, die Kurden aus dem Iran sprechen Persisch, dann müssen wir nicht extra ein kurdisches Projekt fördern –, dann ist das die Fortsetzung der Unterdrückung, die diese Menschen in ihren Herkunftsländern seit Jahrzehnten erleben. Kurdische Sprache, kurdische Kultur wird dort bekämpft und unterdrückt. Das ist eine andere Form der Unterdrückung, die zwar eine andere Intention hat, aber für diese Menschen ist das die Fortsetzung.

Das Zweite ist, und damit schließe ich meinen Wortbeitrag, dass auch in Zusammenhang mit Asylberatungen oft Menschen zur Übersetzung eingesetzt werden, die bestimmte Gesinnungen gegenüber den Kurden haben, und es wird sogar bei den Übersetzungen falsch übersetzt. Ich habe selber mit einigen aus Syrien stammenden geflüchteten Kurden gesprochen, und sie haben mir berichtet, dass sie teilweise von Dolmetschern in unseren Behörden in Berlin angegriffen wurden, warum sie bestimmte Unterdrückungsformen formuliert haben bei der Anhörung, und sie konnten das nicht bei der Behörde, wo sie aussagen mussten, klarstellen. Sie haben sich dann an bestimmte Organisationen in Berlin gewandt, aber auch an Menschen, die ihre Sprache sprechen wie ich. – In diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit dieser Anhörung ein bisschen das Leid der kurdischen Bevölkerung in Berlin beleuchten, und ich freue mich auf die Anhörung mit euch.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Eralp von den Linken die Möglichkeit, die Besprechung zu begründen.

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mein Vorredner hat jetzt schon viel gesagt. Kurdinnen und Kurden sind weltweit unter Druck, unter anderem in der Türkei, aber eben ganz besonders in Syrien. Natürlich gilt unsere Solidarität den Menschen in Rojava, die aufs Schlimmste von Dschihadisten und dem Regime verfolgt und getötet werden, obwohl es ein beispielhaftes, einzigartiges demokratisches Projekt in der gesamten Region darstellt, das es zu schützen und zu sichern gilt. Aus unserer Sicht gibt es auch keine ausreichende Unterstützung Deutschlands oder der EU. Im Gegenteil, es gibt Kooperationen, um Menschen von hier loszuwerden und abzuschieben. Das ist wirklich bitter, dass Deutschland so agiert.

Heute geht es uns darum, dass Kurdinnen und Kurden zumindest hier in Berlin sicher leben, ihre Rechte wahrnehmen und ihre Kultur und Tradition leben können. Es braucht dafür aus unserer Sicht Unterstützung, Förderung und Sichtbarkeit von kurdischem Leben hier in Berlin und ein engagiertes Vorgehen gegen antikurdischen Rassismus. Wir haben den Besprechungspunkt gemeinsam mit den Grünen aufgesetzt, um darüber zu beraten, was wir von Berlin aus tun können, um kurdisches Leben hier in Berlin konkret, aber auch insgesamt zu un-

terstützen. Das betrifft kulturelle Rechte, Teilhaberechte, das Recht auf Schutz, das Recht auf die eigene Muttersprache – es gibt immer wieder die Vorfälle, dass bei Behörden oder anderen Stellen auf Türkisch verwiesen wird, obwohl das ganz klar nicht Kurdisch ist, weder Zaza noch Kurmandschi, und das geht aus unserer Sicht nicht – und Schutz vor Diskriminierung. – Deswegen sind wir sehr froh und dankbar, dass Sie heute hier sind, um uns darzustellen, wie die sich Situation darstellt, aber auch, damit wir Ihre wertvollen Empfehlungen entgegennehmen, damit es hier endlich zu Verbesserungen kommt. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Orkan Özdemir das Wort zur Begründung des Besprechungspunkts für die SPD-Fraktion. – Bitte sehr!

Orkan Özdemir (SPD): Wir haben das Thema mit der CDU zusammen auf die Liste gesetzt, weil wir in den letzten 20 Jahren eine kurdische Community und Diaspora in Berlin erleben, die sich eine sehr schnelle Emanzipation von all den Markierungen mit unterschiedlichsten Flaggen sozusagen, ob es jetzt Türkisch, Syrisch oder sonst was ist, erarbeitet hat und erlebt und eine starke Zivilgesellschaft aufgebaut hat, die übrigens über diese Ländergrenzen hinaus solidarisch ganz viele andere Communitys erreicht. Wir wollen uns heute natürlich anhören, was wir noch tun können, um diesen Prozess zu stabilisieren, vielleicht sogar noch zu akzelerieren. Wir freuen uns natürlich, dass wir es in dieser Regierung geschafft haben, einen Wunsch und eine Notwendigkeit, die Yekmal, aber auch alle anderen seit mittlerweile über zehn Jahren artikulieren, mit der Beratungsstelle gegen antikurdischen Rassismus umzusetzen. Das freut uns natürlich, und wir würden uns auch freuen, wenn wir dazu ein paar Berichte bekommen, wie das läuft und was da noch mal die Bedarfe sein könnten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat noch Frau Senge von der CDU-Fraktion die Möglichkeit, den Besprechungspunkt zu 3 b zu begründen. – Bitte sehr!

Katharina Senge (CDU): Auch von mir den Anzuhörenden ein herzliches Willkommen! Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen! Wie Sie sehen, ist dieses Thema von vier Fraktionen heute auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil uns das alle interessiert. Der Kollege Omar hat schon die Bedeutung der kurdischen Community beschrieben und auch einige Probleme, die damit zusammenhängen, allein mit der Statistik und auch, kurdische Angebote zu machen. Ich freue mich auch sehr, dass Sie hier sind. Das ist ein sehr wichtiges und aktuelles Thema. Die kurdische Community ist sehr unterschiedlich, sehr differenziert und zivilgesellschaftlich sehr aktiv. Der Kollege Orkan Özdemir hat es auch gesagt. Deshalb freue ich mich, dass wir unterschiedliche Akteure heute hier haben, die über das kurdische Leben und über Communityarbeit sprechen können. Wir alle wissen, dass dieses internationale Thema mit im Raum steht. Wir alle haben die Bilder gesehen, nicht nur von – wie wurde es gesagt? – der Schlacht gegen die Kurden, sondern auch von Demütigungen gerade von Frauen, von der Schändung von Gräbern. Das sind wirklich bedrückende Bilder, und da sieht man, dass das Thema des Respekts und der Anerkennung von religiösen ethnischen Minderheiten eben aktuell in Syrien nicht Realität ist. Für mich ist das das zentrale Thema, woran sich die Regierung dort messen lassen muss. Aber ich denke, Sie werden alle Ihre Perspektive auf Berlin, auf Deutschland haben und vielleicht auch noch auf die ganze Welt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann, liebe Anzuhörende, sind Sie jetzt mit Ihren Stellungnahmen an der Reihe. Ich würde vorschlagen, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorge-

hen, wenn Sie nichts anderes untereinander verabredet haben. Wenn Sie etwas anderes verabredet haben, dann geben Sie mir ein Zeichen, dann können wir das auch anders handhaben.

Farhad Ahma (PÊL – Civil Waves e. V.): Vielen Dank erst mal für die Einladung! Wir würden gerne erst mal der Kurdischen Gemeinde Deutschland Wort erteilen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar, dann startet Herr Toprak. – Noch ein kurzer Hinweis: Vor Ihnen ist ein Monitor. Unter diesem Monitor ist eine Uhr, und die Uhr läuft mit. Das gilt für jeden. Wenn möglich, bitte ich Sie um etwa fünf Minuten. Wenn es sechs sind, ist das auch nicht das Problem. Es kommen dann die Fragen der Abgeordneten. Sie können dann im Anschluss noch mal darauf antworten und ihre Fragen entsprechend notieren. Vielen Dank! – Dann startet Herr Toprak. – Bitte sehr!

Ali Ertan Toprak (Kurdische Gemeinde Deutschland e. V./Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e. V.): Herzlichen Dank für die Möglichkeit und die Einladung, um über kurdisches Leben hier heute vor Ihnen sprechen zu können! Gerade in der aktuellen Lage fällt es uns allen, den Vertreterinnen und Vertretern der kurdischen Community, sehr schwer zu sprechen. Es ist wirklich eine existenzielle Bedrohung der Kurden in Syrien zurzeit, und alle Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sind bedroht. Kurdisches Leben ist bedroht. Das sehen Sie auch an den ganzen Protesten der letzten Tage. Insofern haben Sie sich vielleicht auch den richtigen Zeitpunkt ausgesucht.

Ich möchte als Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland erst mal auf ein paar allgemeine Daten zu kurdischem Leben in Deutschland eingehen, und dann komme ich auf kurdisches Leben in Berlin zu sprechen, beziehungsweise die Kolleginnen und Kollegen werden auch darüber sprechen. Schätzungsweise leben in Deutschland mittlerweile zwei Millionen Kurdinnen und Kurden und circa 150 000 in Berlin. Das sind Schätzzahlen, weil es keine offizielle Statistik gibt. Herr Omar hat darauf hingewiesen, dass der deutsche Staat leider die kurdische Identität bis heute nicht anerkannt hat und die Kurdinnen und Kurden in den Statistiken entweder als Türken, Iraner, Syrer oder Iraker auftauchen, weil die Statistiken anhand der Herkunftsstaatsbürgerschaften erfasst werden.

Die Kurden sind sehr aktiv in der Zivilgesellschaft. Auf allen Ebenen setzen sie sich ein und sind auf allen Ebenen unserer Gesellschaft unterwegs, sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Politik. Sie sind sehr gut integriert. Wir haben mittlerweile fast in allen Bundesländern und auf Bundesebene fast in allen Parteien Abgeordnete mit kurdischer Herkunft. Zwei Landtage werden von kurdischen Politikerinnen geleitet, und zwar ist in Baden-Württemberg die Landtagspräsidentin eine Kurdin, und die Vizelandtagspräsidentin in NRW ist auch eine Kurdin. In der CDU haben wir mittlerweile auch Landtagsabgeordnete in Schleswig-Holstein und Bremen. Das erwähne ich nur, damit Sie sehen, dass die Kurden politisch und auch religiös mittlerweile sehr divers sind.

Die kurdische Community ist mehrheitlich muslimisch-sunnitisch, aber ein großer Teil der kurdischen Community gehört auch der alevitischen Glaubensrichtung an, die auch in Berlin sehr stark vertreten ist, und den Jesiden. Es gibt auch jüdische Kurden in unserer Community, auch wenn sie eine sehr kleine Minderheit sind. In Israel leben 300 000 kurdische Juden, die in den Fünfzigerjahren aus dem irakischen Teil Kurdistans und auch aus der Türkei nach Israel geflüchtet sind.

Die ersten Kurden leben schon seit über 60 Jahren in Berlin. Sie sind mit der ersten Gastarbeitergeneration aus der Türkei nach Deutschland, nach Berlin eingewandert, die zweite Welle nach der Militärjunta 1980 in der Türkei, wovon kurdische Menschen besonders stark betroffen waren. Die dritte Welle war 1980 nach dem Giftgasangriff von Saddam und anschließend 1991 nach dem ersten Golfkrieg von Saddam, als er Kuwait besetzt hat. Hunderttausende Kurden mussten in die Nachbarstaaten fliehen, und von dort aus sind sie auch nach Europa und nach Deutschland gelangt. 2014, als der Islamischen Staat vor allen Dingen die jesidischen Kurden angegriffen und einen Vernichtungskrieg geführt hat, hat ein Genozid an den Jesiden stattgefunden, was auch der Bundestag vor einigen Jahren als solchen anerkannt hat. In den letzten Jahren, wie gesagt, sind viele auch aus Syrien und Irak nach Deutschland gekommen.

Ab 1975 waren viele kurdische Migranten erst mal viel in türkeistämmigen Arbeitervereinen aktiv. 1978 hat sich die erste Kurdische Studentenvereinigung AKSA gegründet. Später, ab 1980, haben die Vereine ihre Namen geändert und es sind kurdische Kultur- und Arbeitervereine entstanden und der erste Fußballclub Kurdensport. 1980 lebten schätzungsweise über 70 000 bis 80 000 Kurden in Berlin. Anfang 1990 waren es schätzungsweise über 90 000 bis 100 000, und mittlerweile gehen wir davon aus, dass über 150 000 Kurdinnen und Kurden in Berlin leben. Das erste kurdische Beratungszentrum für Frauen wurde circa 1984 in Spandau gegründet. Die ersten kurdischen Vereine haben sich erst mal über die Herkunftsprobleme in ihren Heimatländern engagiert, weil auch viele politisch verfolgt waren. Der erste Antrag für muttersprachlichen Unterricht wurde 1987 an den Senat gestellt und wurde damals abgelehnt.

Bis heute haben die Kurden immer noch viele Probleme, vor allen Dingen den antikurdischen Rassismus. Der überträgt sich auch noch in Deutschland. In den Schulen leiden viele kurdische Kinder unter dem antikurdischen Rassismus, die von türkeistämmigen und in letzter Zeit auch stark von arabischstämmigen Schülerinnen und Schülern rassistisch angegriffen werden. Das ist ein Riesenproblem, auf das wir auf jeden Fall aufmerksam machen wollen. – Ich glaube, meine Zeit ist abgelaufen. Ich möchte auch meinen anderen Kollegen die Gelegenheit geben, das, was ich vielleicht weggelassen habe, zu unterfüttern, und freue mich auf Ihre Fragen. Herzlichen Dank erst mal!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie haben ja die Gelegenheit, Herr Toprak, am Ende noch anzuführen.

Ali Ertan Toprak (Kurdische Gemeinde Deutschland/Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland): Ja.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann macht Herr Ahma, glaube ich, weiter, in der alphabetischen Reihenfolge. Oder haben Sie untereinander etwas anderes abgestimmt? – Okay, dann, bitte, Sie haben das Wort!

Farhad Ahma (PÊL – Civil Waves): Auch von mir vielen Dank für die Einladung und vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, über dieses wichtige Thema zu sprechen! – Ich selber komme aus Syrien, ich bin also kurdischstämmig, aber auch syrischer Staatsbürger. Wir begleiten die Ereignisse in Syrien jetzt mit großer Sorge, unter anderem ich, da ein Großteil der eigenen Familie noch in Syrien lebt und sie momentan quasi umzingelt sind von den Regierungstruppen, und wir haben nur gelegentlich Kontakt zu ihnen.

Die Kurden aus Syrien kam in den Sechzigerjahren vermehrt nach Berlin, aus anderen Gründen als die Kurden aus der Türkei. Sie haben erst mal angefangen, hier zu studieren, vor allem in Ostberlin, durch Stipendien, und ihre Zahl hat sich dann mit der Zeit vermehrt. Die größte Welle ist aber nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien 2011 und später auch 2013, 2014 mit den Flüchtlingswellen nach Berlin gekommen. Momentan schätzt man die gesamte Zahl der Syrer in Berlin auf ungefähr 50 000 bis 60 000 Menschen, darunter sind um die 7 000 Kurden aus Syrien. Das ist auch eine grobe Schätzung. Wir haben keine genauen Daten dazu, aber das ist mehr oder weniger das Feeling, wie die syrischen Kurden sich beteiligen und wie sie sich einbringen in Form von Vereinen, aber auch von anderen Veranstaltungen.

Unser Verein ist ein in Berlin eingetragener Verein, der sich für Völkerverständigung, für Frauenförderung, für Jugendförderung hier, aber auch in Syrien in den kurdischen Gebieten einsetzt. Wir haben auch in Syrien in den kurdischen Gebieten, aber auch in den Städten wie Rakka und Deir al-Sor im Ostteil des Landes Zentren, in denen sich Frauen und Jugendliche treffen, austauschen, sich vernetzen, Brücken aufbauen und dann versuchen, über die ethnischen und sprachlichen Linien hinweg einen Weg zu finden, wie sie Frieden in ihren Regionen aufbauen können und dabei unterstützend wirken können. Momentan haben wir unsere Kolleginnen und Kollegen in Syrien gebeten, zu Hause zu bleiben, nicht mehr Veranstaltungen zu organisieren und nur auf sich und ihre Familien zu achten, weil Gefechte überall stattfinden können. Alle Städte, alle Dörfer können bombardiert werden, und wir können es nicht verantworten, von ihnen zu verlangen, unter diesen Bedingungen aktiv zu werden.

Die Kurden Syriens sind in den letzten Jahren durch den Kampf gegen den IS und andere Terrororganisationen in der ganzen Welt bekannt geworden. Das Modell Rojava ist ein Modell für die ganze Welt geworden; mit all den Defiziten, die wir vielleicht auch nennen können, mit all der Kritik, die wir auch nennen können. Rojava ist aber in einer Region entstanden, wo in den letzten vielleicht hundert Jahren oder den letzten Jahrzehnten kein ähnliches Konzept vorgelegt wurde. In Rojava, unweit, nur Kilometer entfernt von Gebieten, die unter der Herrschaft des IS standen, wurde ein Konzept umgesetzt, nach dem Frauen gleichberechtigt behandelt wurden, Frauen auf allen Leveln, auf allen Ebenen der Politik, der Gesellschaft vertreten waren, Entscheidungsträgerinnen wurden, aber auch Politikmacherinnen wurden. Das ist auch bis heute zum Glück noch da, aber dieses Projekt, dieses Konzept steht momentan unter großer Gefahr, dass es unterwandert wird, dass es beendet wird, weil eine islamistische Gruppierung, die bis vor Kurzem als Terrorgruppe eingestuft wurde, deren Führer mit 5 Millionen Dollar oder sogar mehr weltweit gesucht wurde, die Macht in Syrien übernommen hat und das Ganze rückgängig machen möchte.

Das hat natürlich auch Einfluss auf die Kurden hier in Deutschland. Man sieht seit vielen Tagen, dass sie überall, auch mit Unterstützung von Kurden aus anderen Teilen Kurdistans, auf die Straße gehen, auf die Umstände in Syrien aufmerksam machen und versuchen, der Welt zu erklären, was eigentlich in Syrien geschieht und was auf dem Spiel steht. Es ist nicht nur,

dass dort vielleicht einige Massaker stattfinden werden und fortgesetzt werden, sondern dort wird eine Politik gemacht, durch die weiterhin Fluchtursachen geschaffen werden. Anstatt Menschen zu ermöglichen, dass sie dort weiterhin gleichberechtigt leben können, ihre Sprache unterrichten und lernen können, dass Frauen dort ohne Verfolgung wegen ihres Geschlechts leben können, kommt eine islamistische Miliz, übernimmt die Macht und vernichtet all das und schafft natürlich weiterhin Fluchtursachen. Wir dürfen uns deswegen nicht wundern, wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten eine weitere Fluchtwelle hier in Berlin und anderswo, auch in anderen Ländern, erleben.

Die Kurden müssen von der gesamten Welt und von Berlin, von Deutschland als ein politischer und gesellschaftlicher Akteur wahrgenommen werden, nicht nur als ein Problem im Bereich der Integration hier in Berlin und Deutschland, sondern im Nahen Osten vor allem auch als politische Kraft, die für Werte steht, die für uns auch in Berlin von Bedeutung sind und die auch unterstützungswürdig sind. Aus diesem Grund ist es auch mein Appell, dass die Kurden als politische Kraft und als politischer Akteur wahrgenommen werden und dass sie als solche auch in die Politik oder in die politischen Programme der deutschen Parteien einfließen müssen. – Vielen Dank! Ich möchte nicht die Zeit meiner Kolleginnen und Kollegen nehmen, stehe aber gerne für Fragen zur Verfügung. Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Ahma! – Dann hat Frau Darici das Wort. – Bitte sehr!

Günay Darici (Yekmal e. V.): Vielen Dank! – Ich hoffe, dass ich ein bisschen mehr Zeit habe! – Ich möchte mich auch herzlich für die Einladung und die Gelegenheit bedanken, heute hier sprechen zu dürfen. Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, ist es mir wichtig, etwas anzusprechen. Meine Kollegen und Herr Omar und Frau Eralp haben auch darüber gesprochen, aber ich möchte meine Gefühle heute tatsächlich noch mal hier erwähnen. Vielen Kurdinnen und Kurden, auch uns Kurden in der Diaspora, geht es nicht so gut. Die Angriffe auf die Kurdinnen und Kurden sowie auf ihren Erfolg in Rojava haben uns zutiefst erschüttert. Deswegen sage ich, es geht uns nicht so gut. Viele kurdische Jugendliche haben ihr Leben im Kampf gegen den Terror geopfert, aber heute redet keiner von ihnen. Tausende Gräber; ich glaube, fast alle haben die Berichte gesehen, aber heute redet keiner von den kurdischen Jugendlichen, dem kurdischen Volk in Rojava, in Syrien, davon, was sie gemacht haben. Sie fühlen sich alleingelassen.

Noch vor Kurzem wurden diejenigen, die gemeinsam gegen den Terror gekämpft haben, als Partner anerkannt. Heute werden Hände mit Akteuren geschüttelt, die zuvor als Terroristen galten, während die – sagen wir so – „Erfolge“ gegen Kurdinnen und Kurden zunehmend in Vergessenheit geraten. Diese Entwicklungen hinterlassen tiefe Verunsicherung, Trauer und Enttäuschung auch hier bei uns in Berlin. Berlin ist eine vielfältige Stadt. Diese Vielfalt zeigt sich besonders deutlich im kurdischen Leben unserer Stadt. Nach Schätzungen – meine Kollegen haben das auch erzählt – leben circa 150 000 Kurdinnen und Kurden in Berlin. Das ist eine Schätzung, aber warum das eine Schätzung ist, hat Herr Omar klar und deutlich dargestellt.

Wir sind selbstverständlich ein Teil dieser Stadtgesellschaft und doch häufig nicht ausreichend sichtbar, benannt oder gleichgestellt. Ich spreche heute auch aus der Perspektive von Yekmal, dem Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland. Yekmal e. V. ist seit über

30 Jahren in Berlin und darüber hinaus aktiv; seit fünf Jahren sind wir auch deutschlandweit aktiv. Unsere Arbeit richtet sich insbesondere an kurdische Menschen, ist aber immer offen für alle und wird auch von vielen nicht kurdischen Familien und Fachkräften genutzt. Unsere Angebote sind konsequent mehrsprachig, in den kurdischen Dialekten Kurmandschi, Sorani und Zazaki, Deutsch, Türkisch, Arabisch, Englisch, Russisch, Ukrainisch und weiteren Sprachen. Damit tragen wir der Realität dieser Stadt Rechnung, einer Realität, in der Mehrsprachigkeit Normalität ist und kein Defizit.

Die Diversität der kurdischen Community spiegelt sich auch in unserer Arbeit wider. Als Träger vereinen wir unterschiedliche Fachbereiche, die eng miteinander kooperieren, von früher Bildung und Kitaarbeit – wir haben auch zweisprachige, bilinguale Kitas in Berlin – über Familienförderung und -beratung, eine Asyl- und Verfahrensberatungsstelle, Beratung im Antidiskriminierungsbereich, Hilfen zur Erziehung im ambulanten und stationären Bereich, Integrationslots*innen und Antidiskriminierungsarbeit bis hin zur Yekmal-Akademie. Zentrale Querschnittsthemen unserer Arbeit sind Mehrsprachigkeit, Partizipation und Antidiskriminierung. Gerade durch diese Verzahnung entstehen nachhaltige Synergien.

Trotz dieses Engagements stehen Kurdinnen und Kurden in Berlin weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Diskriminierung von Kurdinnen wird häufig nicht eigenständig benannt, sondern unter anderen Diskriminierungsformen mitgemeint. Das ist problematisch, denn Unsichtbarkeit ist aus unserer Sicht selbst eine Form von Diskriminierung. Die kurdische Sprache wird bis heute nicht als gleichwertig zu anderen Sprachen behandelt. Jahrzehntelange Unterdrückung und Vernachlässigung wirken fort, auch hier in Deutschland. Kurdinnen werden oft nicht als eigenständige Community oder Nation wahrgenommen, sondern lediglich über Herkunftsstaaten definiert, in denen sie selbst diskriminiert wurden. Das Fehlen staatlicher kurdischer Institutionen führt zu rechtlichen, sozialen und strukturellen Benachteiligungen, etwa in Bildung, Verwaltung oder Familienrecht. Die Verfolgung kurdischer Menschen und kurdischer Familien in den meisten Herkunftsstaaten wird in Deutschland nicht anerkannt. Dies führt zu negativen Asylbescheiden, mangelndem Schutzstatus und ungerechtfertigten Abschiebungen in perspektivlose und gefährliche Bedingungen. Hinzu kommt, dass Kurdinnen teilweise auch innerhalb migrantischer Gruppen Ablehnung oder sogar Gewalt erfahren. In Schulen, in Kitas erfahren wir viel und bekommen viel mit. Und nicht zuletzt fehlt es bis heute an einer strukturellen und verlässlichen Förderung kurdischer Institutionen, obwohl sie seit Jahrzehnten wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Wenn wir es ernst meinen mit Gleichstellung und Teilhabe, dann braucht es konkrete Schritte. Was es braucht, ist erstens die volle Gleichstellung der kurdischen Sprache in Bildung, Verwaltung, Förderung und öffentlicher Wahrnehmung. Zweitens braucht es eine gezielte Förderung der kurdischen Sprache, um die historische Benachteiligung und jahrzehntelange Diskriminierung auszugleichen. Gleichstellung bedeutet nicht Gleichbehandlung unter ungleichen Voraussetzungen. Deshalb ist die verbesserte Förderung von Unterricht für Kurdisch als Erstsprache in den Schulen und der Abbau von Hemmnissen beim Zugang zu diesem Unterricht für kurdische Familien ein wichtiger Aspekt. Drittens muss die Diskriminierung von kurdischen Menschen in unserer Gesellschaft ernst genommen werden und müssen entsprechende Schritte für einen diskriminierungssensiblen Umgang eingeleitet werden, in Schulen, in Institutionen, in der Verwaltung, im öffentlichen Raum. Viertens muss auch endlich die strukturelle Benachteiligung und Verfolgung der Kurdinnen und Kurden in den Herkunftsländern anerkannt werden. Hierzu gehört die wirt-

schaftliche Benachteiligung genauso wie die Marginalisierung und die teilweisen Verbote der kurdischen Sprache in der Vergangenheit sowie die Verbote der politischen Betätigung als Kurdinnen. Dies muss sich in den asylrechtlichen Verfahren und der Verhängung von Abschiebestopps niederschlagen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Darici! Ich habe auf die Uhr geschaut, Sie sind jetzt bei neun Minuten.

Günay Darici (Yekmal): Noch sehr kurz, dann komme ich zum Schluss! – Insgesamt braucht es gleichrangiges und gleichberechtigtes Mitdenken und systemisches Einbeziehen der kurdischen Bevölkerung bei allen relevanten Themen unserer Stadt, von Bildung über Jugend, Familie, Recht und Antidiskriminierung bis hin zu Kultur und Partizipation.

Nur ganz kurz, ich brauche noch eine Minute Zeit. Gestatten Sie mir noch ein Wort zur aktuellen Lage in Westkurdistan in Syrien: Die Entwicklung der letzten Tage hat vieles zum Negativen verändert. Leider wird hier in den Medien oftmals die Herrschaft der HTS mit staatlicher Ordnung gleichgesetzt; wir wissen aber, dass die kurdische Bevölkerung aus vielen Regionen flieht und die Situation unübersichtlich und gefährlich ist. Viele Kurdinnen werden aus unserer Sicht nach Deutschland und speziell nach Berlin kommen, da hier familiäre und soziale Netzwerke vorhanden sind. Wir sollten uns schon jetzt auf eine Aufnahme in Berlin vorbereiten – unsere Integrationsbeauftragte ist auch hier –, durch sprachensible Begleitung in den Unterkünften, durch Sicherheitspersonal in den Unterkünften, das weder islamistisch noch rechtsextrem ist – wir haben in Tegel etwas erlebt, ich glaube, ich muss es nicht noch mal erwähnen –, und durch die Aufstockung bestehender Angebote wie die Asylberatung in kurdischer Sprache, damit die kurdischen Geflüchteten rechtlich sichere und faire Verfahren erwarten können. Wir als Yekmal sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, wenn Berlin sich hier vorausschauend engagieren will. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Darici! – Es ist schon unüblich, dass die Redezeit so, mehr als doppelt, genutzt wird. Ich habe es jetzt erlaubt, aber ich hoffe, dass Herr Şen nicht dem gleichen Beispiel folgt. Ich danke Ihnen sehr für das Verständnis! – Bitte sehr, Sie haben das Wort, Herr Şen!

Enver Şen (Kurdisches Zentrum e. V.): Danke! – Ich bedanke mich auch für die Einladung; dass wir die Möglichkeit bekommen haben darzustellen, wer wir sind, was wir sind und so weiter. – Das Kurdische Zentrum e. V. ist eine Beratungsstelle, die seit mehr als 30 Jahren existiert. Offiziell haben wir bis zum 1. Januar 2026 existiert. Weil jetzt unsere Beratungsmittel aufgehoben, gekürzt sind, müssen wir versuchen, irgendwie ehrenamtlich durchzukommen. Wir wissen nicht, wie wir durchkommen, aber wir versuchen, unsere Klientel nicht alleinzulassen, nicht vor der Tür zu lassen.

Die Kollegen haben vieles gesagt. Ich werde versuchen, uns ein bisschen anders darzustellen. Alle Probleme, die bis jetzt genannt wurden, die gelöst werden sollen und so weiter, hängen mit einem Hauptproblem zusammen: Solange wir nicht als Identität anerkannt sind, wird alles andere Nebensache sein, denn dann werden wir immer weiter nach unseren Pässen, die wir gezwungenerweise bekommen haben, betrachtet. In meinem Pass steht „Türkiye Cumhuriyeti“, und von dieser Republik habe ich bis jetzt nur Unterdrückung, Gefängnis, Töten und so weiter erfahren, und für die, die aus Rojava oder Başûr kommen, ist es nicht anders. Man

redet hier in der deutschen, europäischen Presse immer vom Nordirak. Es gibt keinen Nordirak, es gibt Kurdistan, Başûr-Kurdistan. Deswegen: Solange wir offiziell keine Identität von der EU, von deutscher Stelle, von Westeuropa bekommen, werden wir diese Probleme weiter haben. Deswegen ist unser Appell, dass wirklich darüber nachgedacht wird, was den Kurden hauptsächlich fehlt, und das ist die Anerkennung unserer Identität.

Ganz kurz zu Syrien: In Rojava ist seit einer Woche ein Massaker. Ich werde es nicht anders nennen, es ist ein Massaker. Man versucht, aus al-Dschaulani, dem Vorsitzenden der HTS, der bis vor Kurzem als Terrorist bezeichnet wurde – man hat sogar bis zu 10 Millionen Dollar als Kopfgeld auf ihn angesetzt –, wahrscheinlich, weil er jetzt eine Krawatte trägt, einen Demokraten zu machen. Das ist der Staatsmann, er wurde von Washington bis Berlin eingeladen und wurde leider von allen Großen des Westens empfangen, in Paris, in Washington und anderswo. In Berlin hat er es wegen dieses Massakers selber verschoben, aber es ist nicht aufgehoben.

Gestern haben die Dschihadisten und Grauen Wölfe in Hamburg die kurdischen Demonstranten angegriffen. Die Diskriminierung gegenüber uns kommt also nicht nur von einer Seite, nicht nur vom europäischen Rechtsextremismus. Sie kommt von den Herrschenden, die auch Teile unserer Heimat beherrschen: Graue Wölfe aus der Türkei, Islamisten aus arabischen Ländern und so weiter. Deswegen ist unser Appell, unsere Bitte, dass wir als Kurden wirklich anerkannt werden. Was die Kurden als Vorteil nennen können: Obwohl der Großteil der Kurden muslimisch ist, sind die Kurden die säkularste Gesellschaft im Mittleren Osten. Das muss man auch noch dazusagen. Bis vor Kurzem, als unsere jungen Frauen, die für Menschenrechte kämpften, getötet wurden, waren sie die großen Heldinnen, da wurden sie gefeiert. Ich erinnere mich, dass man mit Respekt davon geredet hat, aber heute existieren diese Helden nicht mehr oder man hat sie vergessen. Deswegen bitte ich darum, dass die herrschende Gesellschaft, die Politik Menschenrechte ernst nimmt und überall ernst nimmt, also nicht nur in Kreuzberg oder Zehlendorf, sondern auch in Rojava, im türkischen Teil Bakur, also dem größten Teil Kurdistans, der von der Türkei besetzt ist. Wir werden als Türken betrachtet, aber wir lehnen das ab. – Ich bedanke mich!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Şen, auch für die Kürze! – Dann sind jetzt die Abgeordneten an der Reihe. – Ich warte auf Ihre Wortmeldungen! – Herr Orkan Özdemir, bitte!

Orkan Özdemir (SPD): Erst einmal möchte ich betonen, dass ich die Gefühle und Emotionen, die Sie zur internationalen Lage geäußert haben, total nachvollziehen kann. Ich werde aber meine Fragen natürlich auf die Arbeit vor Ort fokussieren. Das ist keine Respektlosigkeit oder fehlende Anerkennung dessen, was Sie fühlen und was Sie empfinden – das kann ich absolut nachvollziehen und teilen –, aber wir sind hier im Berliner Parlament, und da müssen wir uns ein bisschen auf die Ebene der Stadt und des Landesparlaments und der Arbeit hier begeben.

Mich würde erst mal interessieren: Mit welchen sozialen Herausforderungen kommen die Menschen zu Ihnen, wenn es um Sozialberatung oder so etwas geht? Was sind da die gängigsten Herausforderungen? Welche Formen der sozialen Arbeit leisten Sie im Netzwerk, ob das jetzt Beratung ist, Sprachunterricht oder sonst etwas? Es gibt ja zum Beispiel den Ciwan Hoca, der macht hier Kurmandschiunterricht und bietet das mittlerweile superbreit an, nicht nur

für kurdische Menschen, sondern alle möglichen Herkünfte lernen dort die kurdischen Sprachen.

Dann würde mich noch interessieren: Wie ist die Zusammenarbeit oder gibt es überhaupt die Zusammenarbeit mit Schulen, Kitas, irgendwelchen Einrichtungen, Kooperationen, Stadtteilzentren? Wie sieht es da aus? Das würde mich auch noch mal interessieren, die generelle Kooperation. Und eine allgemeine Frage: Was haben Sie als Community Leader, sage ich jetzt mal, und auch Interessenvertreterinnen und -vertreter noch für Bedarfe, wo das Land Berlin vielleicht wirken kann? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Herr Omar, bitte!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir vielen Dank an die Anzuhörenden für die Darstellung und die umfassende Darstellung von Herrn Toprak von der deutschen Ebene bis hin zur Berliner Ebene! Das war sehr anschaulich und auch hilfreich für viele von uns, die hier sitzen und nicht über das kurdische Leben in Berlin und Deutschland informiert sind. – Ich würde zwei Fragen allgemein an alle Anzuhörenden formulieren, und zwar: Welche Erfahrungen mit antikurdischem Rassismus machen die Kurdinnen hier in Berlin, wenn Sie das aus Ihrer Sicht, Ihrer Perspektive sagen könnten? Die zweite Frage wäre: In welchen gesellschaftlichen Bereichen gibt es aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Erfahrung und Expertise vielleicht Ausschlussmechanismen beziehungsweise Zugangshürden für die Kurdinnen und Kurden und die kurdische Community generell, die Ihnen bekannt sind? Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um diese abzubauen?

Dann habe ich noch zwei Fragen an Sie, Herrn Ahma, als jemand, der seinen Verein nicht nur hier in Berlin, sondern auch in Rojava in Syrien hat: Welche Auswirkungen hat der Krieg in Syrien auf die aktuelle Situation der hier in Berlin lebenden Kurden, die aus Rojava stammen? Wie können in dieser Situation die Berliner Behörden, die Berliner Politik, die Berliner Zivilgesellschaft aus Ihrer Sicht Unterstützung leisten?

Dann hätte ich noch ein paar Fragen an Sie, Frau Darici, von Yekmal e. V. Sie haben ja als Yekmal, ich glaube, als Einzige bundesweit, aber auch hier in Berlin kurdisch-deutsche bilinguale Kitas. Könnten Sie uns sagen, wie Ihr Angebot angenommen wird? Welche Wünsche hätten Sie noch, um das Angebot zu erweitern? Mir ist bekannt, dass es je eine bilinguale kurdisch-deutsche Kita in Wedding und in Kreuzberg gibt. Allerdings sind die Kurden in Berlin auch über viele andere Bezirke verteilt, deshalb die Frage: Wie könnte man das Angebot verbessern und erweitern?

Die zweite Frage, zur Förderung der kurdischen Sprache: Sie veröffentlichen auch in regelmäßigen Abständen Studien über das kurdische Leben. Was sind Ihre Ansätze? Wie können wir als Berliner Verwaltung – heute sitzt hier auch die Integrationsbeauftragte, die zuständig ist für alle migrantischen Gruppen in Berlin – aus Ihrer Arbeit lernen und gezielt unterstützen und fördern?

Die letzte Frage: Können Sie bestimmte Orte nennen, an denen Diskriminierungserfahrungen gemacht werden, oder Diskriminierungsformen benennen, die Ihnen bekannt sind, die in bestimmten Strukturen immer wieder vorkommen? Sie stehen ja mit der Community in Kontakt, und vielleicht könnten Sie uns Hinweise geben, wo wir besser hinschauen sollten, um diese

Diskriminierungsformen in unseren eigenen Berliner Strukturen abbauen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank Ihnen für die eindrücklichen Schilderungen! Natürlich dürfen wir die Jugendlichen und die vielen anderen, die in der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten ihr Leben gelassen haben, niemals vergessen. Gerade der Westen sollte ihnen für immer dankbar sein und deswegen die Menschen dort jetzt nicht alleinlassen.

Ich gehe jetzt trotzdem auch noch mal auf die Situation hier konkret ein, auf die aktuelle Teilhabesituation von kurdischen Menschen. Ich weiß noch, als damals die kurdisch-deutsche Kita eröffnet wurde, in der Nähe unseres aktuellen Wahlkreisbüros und des damaligen Büros der HDK, habe ich mich sehr gefreut. Es gibt ja jetzt eine zweite. Gibt es weitere Ausbaumöglichkeiten, oder was sind Ihre Pläne, was die Frage der Kitas betrifft? Dann gibt es ja auch den Wunsch der kurdisch-deutschen Schule, Grundschule. Wir haben ja extra gesagt, dass die Senatsverwaltung für Bildung heute auch kommen soll. Vielleicht können Sie darauf auch noch mal eingehen und zu diesem Bereich der Teilhabe noch etwas sagen. Und dann gibt es ja auch einige kurdische Geflüchtete in den Unterkünften; ob Sie zu denen Kontakt haben und was dort die Bedarfe der Menschen sind.

Und ansonsten gerne auch an Frau Darici und Herrn Şen die Frage – was jetzt nicht in die fünf Minuten gepasst hat, können Sie auch noch mal darstellen –: Was sind die zusätzlichen Bedarfe? Was sind noch wichtige Punkte, die Sie ansprechen wollen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Senge, Sie haben das Wort.

Katharina Senge (CDU): Mich interessiert auch das Thema Bildung, Schule, Kita, das mehrfach angesprochen worden ist, zum einen die Frage: Wie geht es mit den Kindern aktuell weiter, wenn sie aus der mehrsprachigen Kita herauskommen in die Schule? Gibt es über Eltern organisierte oder andere ehrenamtliche Sprachangebote, wenn sie dann in der Schule sind? Zu den Angriffen auf kurdische Kinder in Kitas und Schulen, was von mehreren von Ihnen berichtet worden ist: Ich finde das immer sehr bedrückend, weil ich glaube, dass Kinder ja nicht als diskriminierend oder als Rassisten auf die Welt kommen und in die Kita oder in die Schule gehen. Was passiert dort also? Haben Sie Ideen, wie man gegen diese Einflüsse, diese Konflikte, die Kinder ja von zu Hause mitbringen, vorgehen kann, wie man diese ungute Entwicklung von Generation zu Generation unterbrechen kann?

Ich habe gesehen, die Kurdische Gemeinde hatte im letzten Jahr einen kurdisch-jüdischen Kongress. Vielleicht können Sie noch mal berichten, wie es zu dieser Zusammenarbeit kam. Sie hatten dort mehrere Schlussfolgerungen zu verschiedenen Themen formuliert, das fand ich sehr spannend.

Und an Frau Darici die Frage: Sie haben die Yekmal-Akademie erwähnt. Ich würde mich freuen, wenn Sie ein bisschen erklären, was Sie dort machen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Auricht, Sie haben das Wort.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich habe nur zwei ganz kurze Fragen. – Herr Toprak, Sie haben gesagt – das haben ja alle schon erwähnt –, dass eine starke Diskriminierung stattfindet und man sich untereinander immer ein bisschen beharkt. Findet denn irgendwie ein Versuch statt, auch mit arabischen oder türkischen Vereinen oder Institutionen, dieses Problem zu lösen? –; dass man vielleicht auch mit diesen Leuten zusammenarbeitet und sagt: Das Problem müssen wir unbedingt angehen, denn es geht ja nicht, dass wir hier in Berlin die Probleme aus den Heimatländern sozusagen mit austragen.

Und dann, das ist jetzt aber eher eine technische Frage: Sie haben auch beklagt, dass die kurdische Abstammung nicht anerkannt wird. Sie kommen also aus der Türkei oder aus Iran oder aus Syrien; es gibt ja kein Kurdistan als Staat. Gibt es irgendwelche Vorbilder, wie man damit umgehen kann, dass man das ändern kann, damit das eben anerkannt wird? Ich stelle es mir schwierig vor, dass man in der Verwaltung sagt: Okay, du hast jetzt einen Pass aus Iran –, das ist natürlich kein kurdischer Pass. Wie man das irgendwie umsetzen kann, dass man das anerkennt, das würde mich interessieren. – Das war es eigentlich schon. Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Walter, Sie haben jetzt in der Reihe der fragestellenden Abgeordneten das Wort.

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir vielen Dank an Sie Anzuhörende, dass Sie heute hier sind und uns berichten! Ein Teil der Fragen, die gestellt worden sind, sind auch die, die mich interessieren, insbesondere zu den Diskriminierungs- und Rassismusumständen. Deswegen würde ich Sie jetzt nicht noch mal fragen, sondern eher in Richtung Senat fragen.

Es wurde jetzt geschildert beziehungsweise wird, glaube ich, jetzt auch noch mal stärker ausgeführt werden, was Rassismus gegen Kurdinnen und Kurden angeht. Dazu würde mich interessieren, inwieweit der Senat das auch im Blick hat, inwieweit Rassismus gegen Kurdinnen und Kurden auch in die bestehenden Antidiskriminierungsstrategien einfließt und was der Senat hier gedenkt zu tun. – Die andere Frage ist, ob der Senat Defizite bei der Repräsentation kurdischer Communitys in bestehenden Partizipationsgremien sieht, und falls ja, welche Konsequenzen er daraus zieht.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann waren das die Fragen der Abgeordneten. Jetzt haben Sie als Anzuhörende die Möglichkeit, darauf zu reagieren. – Herr Toprak möchte gerne starten. – Bitte, Sie haben das Wort!

Ali Ertan Toprak (Kurdische Gemeinde Deutschland/Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland): Ich würde gerne auf die Fragen zum antikurdischen Rassismus und zu den Erscheinungsformen antworten und dann auch auf die Fragen, die direkt an mich gestellt worden sind. – Zu antikurdischem Rassismus: Es gibt mittlerweile eine Informationsstelle Antikurdischer Rassismus, die Ende letzten Jahres im Deutschen Bundestag ihren ersten Bericht veröffentlicht hat. Es gibt verschiedene Formen des antikurdischen Rassismus. Leider hat die Rassismusbeauftragte der Bundesregierung in ihrem Bericht unzählige Rassismusformen aufgezählt, vom antimuslimischen Rassismus über Antizionismus et cetera sogar bis zum antiarabischen Rassismus in Deutschland, aber in diesem Bericht wird nur auf den Rassismus der Mehrheitsgesellschaft konzentriert. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft

müssen wir aber die demokratischen Maßstäbe an alle Mitglieder der Gesellschaft anlegen. Es gibt auch starken Rassismus in den Migrantengemeinschaften, und ich möchte, wenn wir uns als Einwanderungsgesellschaft begreifen, dass auch der Rassismus in den Migrantengemeinschaften von der Politik und vom Senat beachtet wird. Unter diesem migrantischen Rassismus leiden vor allen Dingen Minderheiten aus dem Nahen und Mittleren Osten. Ein Beispiel ist der antikurdische Rassismus.

Es gibt verschiedene Erscheinungsformen. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen aus dem Bericht der Informationsstelle nennen. Ich würde Sie als Fraktionen bitten, sich diesen Bericht mal anzuschauen. Wie gesagt, Informationsstelle Antikurdischer Rassismus, wenn Sie das bei Google eingeben, bekommen Sie das. Die Kategorien der gemeldeten Vorfälle letztes Jahr waren: 37,8 Prozent türkischer Nationalismus – also was Kurden gemeldet haben, was sie von türkischen Nationalisten an Rassismuserfahrung letztes Jahr hatten –, bei 30 Prozent ist unklar, wie man das einordnen sollte, von Islamisten 16,6 Prozent, arabischer Nationalismus etwa 10 Prozent und weitere 5,1 Prozent. Ich möchte nicht in die Details gehen, diesen Bericht können Sie sich anschauen. Zu den Erscheinungsformen von antikurdischem Rassismus möchte ich vor allen Dingen aufzählen: antikurdischer Rassismus im digitalen Raum. Die meisten Vorfälle von antikurdischem Rassismus finden wir in den sozialen Medien, wo gerade Kurden massiv angegriffen werden. Vor allen Dingen, wenn wie jetzt im aktuellen Falle Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden, werden Kurden über die sozialen Medien heftig angegriffen und mit Rassismus konfrontiert. Dann gibt es die Erscheinungsform von nationalistischem antikurdischem Rassismus, vor allen Dingen türkischen und arabischen Nationalismus.

Dann gibt es den kulturellen antikurdischen Rassismus, wobei die Identität, die Sprache, die Kultur der Kurden einfach negiert wird. Die Kinder in den Schulen, kleine Kinder – – Ich habe auch schulpflichtige Kinder. Mein Sohn ist in der 8. Klasse. Zum Beispiel, wie er mir berichtet hat, in der 2. Klasse, an Weihnachten, kam die Lehrerin rein, sie hat ihre Hand auf seine Schulter gelegt und meinte: Ihr Türken feiert ja kein Weihnachten. – Mein Sohn hat gesagt: Nein, wir feiern Weihnachten –, und sie hat gesagt: Aber ihr Türken und Muslime feiert doch Zuckerfest! – Da hat er gesagt: Wir sind Aleviten und Kurden, das haben mir meine Eltern erzählt. Wir feiern sehr gerne Weihnachten, aber zum Beispiel Zuckerfest, Ramadan, das kenne ich gar nicht. Ich bin auch kein Türke. Ich bin Hamburger, und meine Vorfahren kommen aus Kurdistan. – Daraufhin haben dann einige Kinder in der Klasse gesagt: Kurdistan, das gibt es doch gar nicht! – Also mit solchen Sachen werden die Kinder konfrontiert. Man sagt, sie hätten keine Sprache, sie hätten kein Land et cetera. Das ist eben auch deutschlandweit auf vielen Schulen immer noch ein Problem, wo auch die Lehrerschaft überfordert ist, diese Konflikte anzusprechen, weil sie sich dann wiederum auch, wenn sie Rassismus unter Migranten ansprechen, sofort dem Rassismusverdacht aussetzen. Hier, finden wir, müssten die Kultusminister diesen Rassismus in den Migrantengemeinschaften in den Schulen zum Thema machen.

Dann gibt es natürlich diesen politischen antikurdischen Rassismus. Das beschreibt die gezielte Diskriminierung, Unterdrückung und Marginalisierung von Kurden in ihren politischen Anliegen durch staatliche und institutionelle gesellschaftliche Stellen. Zum Beispiel durch das PKK-Verbot in den Neunzigerjahren wurde die gesamte kurdische Community kriminalisiert, die sich immer doppelt und dreifach rechtfertigen und nachweisen muss, dass sie ideologisch

und organisatorisch nichts mit der PKK zu tun hat, wenn sie irgendwelche Räume haben möchte, wenn sie irgendwelche Projekte beantragt. Das ist auch ein Riesenproblem.

Natürlich gibt es auch einen religiös geprägten antikurdischen Rassismus, wovon vor allen Dingen jesidische und alevitische Kurdinnen und Kurden betroffen sind. Und es gibt auch migrationsbezogenen antikurdischen Rassismus, der sich auf die Migrations- und Fluchtbiografien von Kurden bezieht. Wir haben das zum Beispiel in Berlin in einem Aufnahmezentrum erlebt, wo über Nacht – das war, glaube ich, letzten Winter, oder vor anderthalb Jahren – – als kurdische Flüchtlinge von arabischen Flüchtlingen angegriffen worden sind, und die Security hat denen Schlagstöcke und Messer ausgehändigt. Da hat eine Kurdin, die hochschwanger war, leider ihr Baby verloren. Solche Konflikte erleben wir in allen Flüchtlingsheimen bundesweit, das wird uns berichtet. Das zu den Erscheinungsformen des antikurdischen Rassismus; die Informationsstelle Antikurdischer Rassismus hat ihren Bericht veröffentlicht, dort können Sie konkrete Details herausnehmen.

Jetzt zu der Frage nach der kurdisch-jüdischen Konferenz in Berlin – das war Ihre Frage –: Die Kurdische Gemeinde Deutschland engagiert sich schon seit Jahren, seit über zehn Jahren gegen Antisemitismus, und dadurch haben wir bundesweit viele Kontakte mit jüdischen Gemeinden und jüdischen Organisationen aufgebaut. Gerade in den letzten zwei Jahren, nach dem 7. Oktober 2023, wo eine Welle des Antisemitismus über Deutschland ausgerollt wurde, haben wir uns vielfach solidarisch erklärt. Das hat noch mal doppelt dazu geführt, dass die Kurden angegriffen wurden. Sie werden auch im Nahostkonflikt immer als „zweites Israel“ bezeichnet; ein möglicher kurdischer Staat. Im Nahen Osten – damit Sie diesen Konflikt verstehen – gibt es 22 arabische Staaten. Für die Palästinenser will die ganze Weltgemeinschaft wie selbstverständlich den 23. arabischen Staat, und für ein Volk von 40 Millionen im Nahen Osten wird bis heute das Recht auf Selbstbestimmung abgelehnt. Es gibt zwei Völker im Nahen und Mittleren Osten, deren Staatlichkeit von den arabischen Staaten, von der Türkei, von Iran nicht anerkannt wird: einmal der jüdische Staat Israel, und ein möglicher Staat Kurdistan. Die Kurden werden immer bezichtigt, quasi Handlanger des Staates Israel zu sein, nur weil sie sich weigern, Juden antisemitisch anzugehen. Diese Konflikte kommen zusätzlich und belasten noch einmal auch uns. Deswegen haben wir diese Konferenz mit jüdischen Organisationen in Berlin veranstaltet. Die Nachfrage war groß, aber das alleine hat schon dazu geführt, dass wir vor allen Dingen in den türkischen und arabischen Medien hart angegriffen worden sind. Wir wurden bezichtigt, obwohl das zwei NGOs veranstaltet haben, die Kurdische Gemeinde und die WerteInitiative. jüdisch-deutsche Positionen, um gemeinsam einen Dialog zu führen, wie wir gegen Antisemitismus und antikurdischen Rassismus in Deutschland zusammenarbeiten können. Das war der Hintergrund, aber daraus wurde wieder internationale Politik gemacht und wir wurden massiv angegriffen, nur weil wir diese Konferenz durchgeführt haben.

Zur Konfliktlösung haben Sie gefragt. Türken versus Kurden, Araber gegen Türken – die Konflikte übertragen sich ja nach Deutschland. Darüber sind wir auch unglücklich. Wir machen auch seit Tagen wirklich Aufrufe in die kurdische Community hinein, dass die berechtigten Proteste hier natürlich friedlich sein müssen, sich an Recht und Ordnung orientieren müssen. Sie müssen aber auch wissen, dass – wir haben das gestern gerade in Hamburg erfahren – viele Demonstrationzüge auch massiv von außen angegriffen werden. Gestern gab es Messerattacken von zwei arabischen jungen Männern auf den kurdischen Demonstrationzug. Wenn so etwas passiert, gibt es natürlich Gegenwehr, aber in der Presse steht dann: Kurdische

Demo, es gab Ausschreitungen. – Uns wurde aus verschiedenen Städten berichtet, dass es Messerangriffe von syrischstämmigen Menschen in Deutschland auf kurdische Proteste gab. Mit der Türkischen Gemeinde haben wir es als Kurdische Gemeinde Deutschland vor einigen Jahren versucht, das war zuletzt 2015, und haben eine gemeinsame Erklärung zum Weltfriedenstag gemacht, aber die Türkische Gemeinde ist massiv von türkischen staatlichen Seiten, Botschaft und Konsulaten, unter Druck gesetzt worden. Seitdem gibt es keine Zusammenarbeit mehr.

Viele Kurdinnen und Kurden vor allen Dingen aus der Türkei – – Ich kann selber seit zehn Jahren nicht mehr in die Türkei einreisen, weil ich von vielen türkischstämmigen Menschen in Deutschland denunziert worden bin. Tausende von Deutschkurdinnen und -kurden sind davon betroffen. Sie können nicht mehr in die Türkei einreisen. Entweder kommen sie bei der Einreise nicht rein, oder wenn sie reinkommen, kommen sie nicht mehr raus. Viele von uns werden aufgrund unserer Meinungsäußerungen in den sozialen Medien sofort bei den türkischen Behörden denunziert. Es sind viele Prozesse wegen angeblicher Terrorunterstützung anhängig gegen deutsche Staatsbürger. Obwohl wir beim Auswärtigen Amt so oft auf dieses Problem hingewiesen haben, dass deutsche Staatsbürger von einem Verbündeten derart kriminalisiert werden, äußert sich die Bundesrepublik nicht dazu. Uns wundert das immer. Wenn zum Beispiel eine Mauer zwischen Mexiko und den USA aufgestellt wird, dann äußern sich deutsche Politiker. Sie kritisieren Trump, aber sie kritisieren nicht die Türkei, wenn die Türkei deutsche Staatsbürger derart kriminalisiert. Das ist auch ein Problem für viele Kurdinnen und Kurden. Das führt auch dazu, dass sie sich nicht mehr trauen, in den sozialen Medien, in der Öffentlichkeit ihre Meinung zu sagen. Wir haben viele Fälle von Kurdinnen und Kurden, die von Arbeitskolleginnen und -kollegen, von Mitschülern, von Kommilitonen an die türkischen Behörden denunziert worden sind. Es sind also nicht nur Leute betroffen, die öffentlich bekannt sind wie ich, die in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder in den Medien auftreten, sondern normale Menschen aus dem Alltag, die von ihren Mitmenschen denunziert werden, und die werden bei der Einreise verhaftet.

Dieser Dialog scheitert also nicht an uns. Auch viele türkische Vereine trauen sich nicht, weil von türkischen Medien und türkischen staatlichen Stellen selbst die Kurdische Gemeinde Deutschland, die weder organisatorisch noch ideologisch etwas mit verbotenen Organisationen zu tun hat, als PKK-Organisation oder als legaler Arm der PKK bezeichnet wird. Das führt dazu, dass viele türkische Vereine, die demokratisch gesinnt sind, sich nicht trauen, öffentlich etwas mit uns zu machen. Das ist die Problematik. Selbst nach dem schrecklichen Erdbeben in der Türkei und in Syrien, damals fand vor dem Brandenburger Tor eine gemeinsame Solidaritätskundgebung von Türken und syrischen Organisationen statt, und obwohl wir uns bemüht haben, dort mitzumachen, weil hauptsächlich die Kurden betroffen waren, hat die Türkische Gemeinde nicht reagiert. Das erleben wir immer wieder, dass wir bei so etwas immer ausgeschlossen werden. Das ist für uns auch eine Form von Diskriminierung von Mitmenschen in der Einwanderungsgesellschaft, die vielfach gar nicht an die deutsche Öffentlichkeit herankommt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Toprak! Ich habe folgendes Problem: Sie sind schon bei 13,5 Minuten.

Ali Ertan Toprak (Kurdische Gemeinde Deutschland/Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland): Ein letzter Satz, dann bin ich fertig!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Okay, bitte! Ich muss – – Wir haben eine lange Tagesordnung, und die anderen Punkte müssen auch noch drankommen dürfen. – Bitte!

Ali Ertan Toprak (Kurdische Gemeinde Deutschland/Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland): Sorry! – Ein letzter Satz zu dieser Statistik: Eine Abgeordnete, ich weiß jetzt nicht, wer das war, hat gefragt: Wie sollen wir das denn erfassen? Wir sehen Ihre Probleme, aber wie soll die kurdische Identität in den Statistiken erfasst werden? – Das BAMF macht das intern, und zwar so, dass es anhand der Dolmetschereinsätze schaut: Wie viele Asylanträge, wie viele Anhörungen und wie viele Sprachdolmetscher in welchen Sprachen werden eingesetzt? –, und da kann man zum Beispiel sehen, dass über 40 Prozent der Dolmetschereinsätze bei den Anhörungen beim BAMF kurdischsprachige Dolmetscher sind; also schon da alleine kann man es herausfiltern. Wir wissen, dass mindestens ein Drittel der Menschen, die aus der Türkei nach Deutschland emigriert sind, kurdischstämmige Menschen sind. Es gibt also schon Möglichkeiten, diese Zahlen herauszufinden. Wenn der Staat das will, kann er das. Man kann natürlich auch bei den zuständigen Stellen die Menschen nach ihrer Sprache und ethnischen Zugehörigkeit fragen. So kann man auch die Zahlen herausfinden. – Das war es. Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Danke schön! – Dann hat jetzt Herr Ahma das Wort. – Bitte sehr!

Farhad Ahma (PÊL – Civil Waves): Vielen Dank für die Fragen! Ich werde es kurz machen. – Zu den Auswirkungen des Konflikts in Syrien auf die Kurden hier in Berlin: Es gibt natürlich große Auswirkungen. Viele Menschen verlieren den Kontakt zu ihren Familien, viele Menschen haben Angst, dass sie nicht mehr in das Land einreisen dürfen, wenn die Regierungstruppen die kurdischen Gebiete einnehmen sollten, und viele Menschen haben natürlich Angst, weil ihre Anträge auf Familienzusammenführungen und andere Anträge noch anhängig sind und sie nicht wissen, ob sie nach diesen Ereignissen damit durchkommen.

Es gibt ein spezifisches Problem, was die Kurden Syriens hier in Berlin angeht, im Bereich Bildung. In den kurdischen Gebieten gab es in den letzten zehn oder sogar 15 Jahren eine Selbstverwaltung, die Unterricht auch in kurdischer Sprache ermöglicht hat. Viele Schülerinnen und Schüler haben die Schule sogar bis zum Abitur nach diesem Bildungssystem abgeschlossen, und wenn sie jetzt nach Deutschland kommen – und davon gibt es viele, unter anderem auch in Berlin –, werden ihre Abschlüsse zum Beispiel nicht anerkannt, und wenn die Abschlüsse nicht anerkannt werden, kann nicht eingeschätzt werden, in welche Klasse sie hineinkommen und ob sie überhaupt weitermachen können. Das gilt besonders für Uniabsolventen, die nach diesem Bildungssystem ihre Abschlüsse in Syrien gemacht haben. Wenn die Abschlüsse wiederum nicht anerkannt werden, dann heißt das weniger Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, aber auch gar keine Möglichkeit, ein weiteres Studium aufzunehmen beziehungsweise einen Master oder eine Promotion aufzunehmen. Das ist ein dringendes Problem für Kurden aus Syrien. Ich weiß, in anderen Bundesländern, unter anderem in NRW, wurde das Problem punktuell gelöst, indem diese Abschlüsse selektiv anerkannt wurden. Man hat so ein bisschen Prüfungen eingeführt, sodass die Schüler beweisen konnten, ob sie wirklich fit sind, um in die 7., 8. oder 9. Klasse zu kommen.

Was in Berlin auch noch gemacht werden kann, um mehr Beteiligung für die Kurden aus Syrien zu ermöglichen: Vielleicht könnte man am Beispiel von Friedrichshain-Kreuzberg – –

Die BVV ist hier eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Syrien eingegangen, und dadurch werden auch Integrationsmöglichkeiten angeboten, indem Kurden aus Syrien im Rahmen dieses Vereins hier tätig werden, sich einbringen in die deutsche Politik, als Anfangsstadium, und das dann auch selbst für die Menschen vor Ort in Syrien machen. Das wäre eine Möglichkeit, wie man die Kurden hier mit ins Boot nimmt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Danke für die Kürze, Herr Ahma! – Dann Frau Darici. – Sie haben das Wort.

Günay Darici (Yekmal): Vielen Dank! – Ich versuche mich auch kurz zu halten. – Eine Frage war, welche soziale Arbeit wir machen und in welchen Stadtteilen wir arbeiten. Als Yekmal e. V. sind wir seit über 30 Jahren berlinweit sehr bekannt. Wir arbeiten in allen Stadtteilen von Berlin. Wir versuchen, von Anfang an alle Bedürfnisse unserer Zielgruppe abzudecken. Am Anfang nutzen sie uns wie eine Erstaufnahmestelle, aber danach geht es weiter. Zum Beispiel, wenn sie für ihre Kinder Kitaplätze brauchen, dann können wir das auch anbieten. Wenn sie Diskriminierungsvorfälle haben, können sie sich auch bei uns melden. Wir haben auch die Registerstelle in Neukölln. – Danke, Herr Özdemir, für Ihre Unterstützung! – Wir haben gemerkt, dass es nicht reicht, die Fälle zu erfassen und einmal im Jahr oder alle halbe Jahr weiterzuschicken an den Senat. Insbesondere die Zielgruppe kurdische Community oder kurdische Menschen braucht Sensibilisierung in diesem Bereich, Begleitung und Unterstützung. Seit 2025 haben wir nicht direkt als Yekmal, aber als Kooperationspartner mit dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg, dem TBB, eine Beratungsstelle in den Sprachen Kurmandschi und Sorani. In einem halben Jahr haben sich über 100 Leute bei dieser Beratungsstelle gemeldet. Im November 2025 hatten wir eine Veranstaltung; Frau Eralp, Herr Özdemir und Frau Bozkurt waren dabei. Dort haben wir die Statistiken und Ergebnisse dargestellt.

Deswegen würde ich sagen, wir sind in mehreren Bereichen. Wir arbeiten sehr konkret im Antidiskriminierungsbereich und im Bildungsbereich. Wir haben zwei Kitas. Ich habe einige Fragen zu den Kitas bekommen. In Wedding und Kreuzberg haben wir bilinguale Kitas. Nicht nur unsere, sondern allgemein bilinguale Kitas brauchen tatsächlich Unterstützung. Man braucht mehr Förderung und Unterstützung, wenn man bilingual arbeiten möchte. Im Moment geht die Kinderzahl in Berlin ein bisschen herunter, aber es gibt trotzdem ein Problem. Bei unseren beiden Kitas gibt es Wartelisten. Zu uns kommen 90 Prozent kurdisch-deutschsprachige Familien, aber auch 10 Prozent arabische, persischsprachige oder rumänischsprachige Familien bringen ihre Kinder zu uns. Wir sind sehr zufrieden, und unsere Familien, unsere Eltern, die ihre Kinder zu uns bringen, sind auch sehr zufrieden.

Wir haben unseren Antrag für eine bilinguale deutsch-kurdische Schule beim Senat eingereicht. Der ist in Bearbeitung. Leider haben wir bis jetzt keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden, aber unser Wunsch ist, dass wir das 2027 auch tatsächlich umsetzen können. Die Familien, deren Kinder drei, vier Jahre lang bei uns zweisprachig erzogen und unterstützt worden sind, haben den Wunsch, dass die kurdische Sprache auch weiter gepflegt wird. In Schulen gibt es zwar Kurdischunterricht im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften, wie Freizeitaktivitäten, aber das muss ich scharf kritisieren, egal bei welcher Sprache. Wenn man parallel ein Tanzangebot und andere Angebote und dazu eine Sprach-AG anbietet, gehen die kleinen Kinder, die Schulkinder natürlich nicht zu dem Sprachkurs. Sie möchten gerne ein bisschen mehr Spaß haben. Deswegen, das ist sehr wichtig, müssen wir es wirklich ein biss-

chen mehr konkretisieren. Sprachunterricht sollte Wahlpflichtunterricht sein. Es kann tatsächlich vormittags eine oder zwei Stunden im Unterricht sein, es kann auch eine Bewertung, ein Benotungssystem dafür gelten. Dann kann man sagen, dass man einen Erfolg sieht. Deswegen, zur kurdischen Sprache in Berliner Schulen: Es gibt im Moment in drei Schulen Kurdischunterricht in vier Gruppen. Insgesamt besuchen circa 50 Kinder den Kurdischunterricht am Nachmittag. Das ist nicht nur für den Kurdischunterricht, sondern für den gesamten Erstsprachunterricht ein Nachteil, dass man so etwas nachmittags nach 13 oder 14 Uhr anbietet. Das muss vielleicht perspektivisch mit dem Bildungsbereich ein bisschen konkreter diskutiert werden. Also unsere Schule ist in Bearbeitung. Ich hoffe, dass wir Räumlichkeiten für 2027 vorbereiten können. Dann werden wir die Riza-Baran-Grundschule – so heißt sie – eröffnen.

Unser Antidiskriminierungsbereich bekommt oft von Schulen – – Ich glaube, das war eine Frage, von welchen Orten, welchen Formen kurdische Familien, kurdische Kinder Diskriminierung erfahren. Vorwiegend in Schulen gibt es Diskriminierung gegenüber Familien, gegenüber Eltern und auch gegenüber Kindern. Es wurde auch oft Kindern gesagt: Ihr habt kein Land, ihr sollt erst mal Land kaufen. Geh, kaufe Land, und danach zum Kurdischunterricht! – Die Kurdinnen und Kurden haben Land. Sie haben leider keinen Staat. Egal, ob man einen Staat hat oder nicht, jede Person hat das Recht, ihre Muttersprache zu erlernen. In einem demokratischen Land ist es unsere Aufgabe, dass wir das unterstützen, egal welche Sprache.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Mit Blick auf die Uhr würde ich mich über Kürze freuen, weil wir noch ein paar Tagesordnungspunkte besprechen müssen.

Günay Darici (Yekmal): Okay! – Nur ganz kurz: Ich glaube, eine Kollegin hat etwas zur Yekmal-Akademie gefragt. Die Yekmal-Akademie hat eine Rechtsform, sie ist eine gGmbH. Sie hat drei Bereiche: Bildung, Sprache und Forschung. Jedes Jahr forscht die Yekmal-Akademie für die Zielgruppe oder für die Bedürfnisse der Zielgruppe und diese Gesellschaft, und dann zeigen oder veröffentlichen wir das auch. Wir haben 2020 „Kurdisches Leben in Berlin“ veröffentlicht, das ist eine quantitative Umfrage unter Kurdinnen und Kurden in Berlin. Wie fühlen sie sich? Sind sie sichtbar oder nicht? Wir reden von Teilhabe, Partizipation. Gibt es so etwas bei ihnen, und wie sehen sie es zum Beispiel in der Verwaltung, von politischer Seite, von der Gesellschaft? Nach dieser Statistik oder Umfrage kann man tatsächlich einen Leitfaden vorbereiten: Wie kann man das ein bisschen besser und konkreter gestalten?

Ich weiß nicht, ob ich etwas vergessen habe. – Die Unterkünfte waren auch eine Frage. In bestimmten Unterkünften gibt es zum Beispiel die Schulen nicht als Regelschule, dass die Kinder in eine Regelschulen gehen sollen, sondern es werden Parallelschulen eröffnet oder integriert. Das finden wir nicht in Ordnung. Ehrlich gesagt, das wird, denke ich, wie in den Sechzigern und Siebzigern, als die Kinder der Migrantinnen extra nur Türkisch oder nur Arabisch gelernt haben, aber danach, als sie da geblieben und nicht zurückgegangen sind, Schwierigkeiten gehabt haben. Die Kinder sollen also in normale Schulen gehen. Sie können auch in Willkommensklassen die deutsche Sprache erlernen, aber danach können sie in Regelklassen gehen, sodass sie sich hier als Teil dieser Gesellschaft fühlen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie sind schon bei zwölf Minuten. Wenn keine weiteren Fragen mehr auf Ihrem Zettel stehen, die noch nicht beantwortet sind, würde ich um Kürze bitten, denn wir müssen hier noch ein paar andere Punkte abarbeiten, oder wir wollen zumindest noch.

Günay Darici (Yekmal): Vielleicht ein letzter Punkt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bitte!

Günay Darici (Yekmal): Wir haben Beratung, wir haben als Verein Aufenthaltsberatung. – Vielen Dank an die Integrations- und Migrationsbeauftragte! Sie haben unsere Beratungsstelle sehr gut unterstützt. – Asylberatung können wir aber leider nicht anbieten. Wir haben zwei Jahre lang über das BAMF Asylberatungsförderung bekommen, danach nicht mehr. Es kommen aber so viele Asylberatungsfragen, wir müssen das nebenbei abdecken. Für diese Unterstützung bedanke ich mich sehr, aber das reicht natürlich nicht. Es muss mehr Förderung sein. – Das war es von meiner Seite. Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Darici! – Dann, Herr Şen, haben Sie das Wort. Bitte sehr!

Enver Şen (Kurdisches Zentrum): Ich werde kurz und konkret herangehen. Bei der Diskriminierung ist es auch ein Unterschied zwischen Menschen, die aus der Türkei oder aus anderen Ländern sind. Auch die Betrachtung der Staaten gegenüber Kurden ist anders. In der Türkei haben wir nicht existiert. Die Kurden wurden als Ganzes negiert, das heißt, es gab keine Kurden, es gab Bergtürken, also Türken, die auf Bergen leben und so weiter. Deswegen, aus meiner Erfahrung, ich habe mehr als 30 Jahre als Sozialarbeiter in Schöneberg gearbeitet: Meistens kommt von türkischstämmigen Menschen aus der Türkei gegenüber kurdischen Kindern oder Familien, dass man sagt: Gibt es so etwas? Euch gibt es nicht, Kurden gibt es nicht. – Ich habe an vielen Sitzungen an Grundschulen und so weiter teilgenommen während dieser langen Zeit, und es war immer die Frage, dass auch Lehrkräfte uns gefragt haben: Sag mal, ist Kurdisch und Türkisch gleich, oder gibt es Unterschiede? Versteht ihr euch? – Das war auch Unwissenheit. Und von türkischen Familien war es meistens so, dass die Kinder es auch nicht böse gemeint haben, aber gesagt haben: Wie, Kurden? Was bist du denn? So etwas gibt es nicht. – Das hat die Familien natürlich sehr benachteiligt.

Ich haben in Beratungen öfter erlebt, dass ich gefragt wurde, in welcher Sprache ich Beratungen mache, warum ich das mache, ob es in Deutschland erlaubt ist. Teilweise hat die Klientel versucht, mir zu verbieten, in Kurdisch zu beraten, indem man sagt: So etwas gibt es nicht. Nur weil ihr im Ausland seid, dürft ihr nicht die Sprache der Terroristen benutzen. – Also man hat die kurdische Community – – Vor allem spreche ich für die türkischstämmige Bevölkerung aus der Türkei. Wir waren entweder Türken oder Terroristen. Dazwischen gab es nichts. Auch heute im türkischen Parlament: Wenn jemand eine Rede, eine Begrüßung in Englisch, Arabisch, Persisch oder Russisch oder in irgendeiner Sprache macht, sagt man: Die Begrüßung war in Sprache A, B, C, aber wenn ein kurdischer Abgeordneter oder eine Abgeordnete die Begrüßung auf Kurdisch macht, heißt das: Unbekannte Sprache –, heute noch in der demokratischen Türkei, die auch mitgelebtes europäisches gesamtes Gremium ist und so weiter. Und das wird leider in Teilen der Welt ein demokratisches Land genannt. Das ist die Situation.

Das zweite Problem ist – das hat vorhin Herr Toprak genannt –, dass die Kurden, die Jesiden und Aleviten, religiöse Diskriminierung erfahren müssen. Zum Beispiel werden wir öfter gefragt, warum wir nicht fasten. Seid ihr keine Muslime? Warum fastet ihr nicht? –, und in dem Moment, wo man sagt: Nein, ich bin kein Muslim –: Aber du kommst aus der Türkei –, also diese Betrachtung, die man auch hier von der Gesellschaft hat: Wer aus dem Mittleren Osten oder der Türkei kommt, muss entweder ein Türke oder ein Muslim sein, sonst gibt es nichts. – Das ist ein zweiter Druck, also bei Jesiden und Aleviten. Wie gesagt, in den Schulklassen und bei Beratungen habe ich öfter erlebt – – Natürlich müssen wir da mit der Mehrheitsgesellschaft noch vieles machen, und ich glaube, wir sollten keine Angst haben, über Rassismus unter Migranten offen zu reden. Rassismus ist nicht nur eine Strömung der West- oder Mitteleuropäer, auch im Mittleren Osten oder in Afrika und anderen Ländern gibt es das. Graue Wölfe sind keine Westeuropäer. Das sind Menschen aus der Türkei, und sie sind rassistisch organisiert. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Şen! – Frau Darici, Sie möchten noch etwas ergänzen?

Günay Darici (Yekmal): Ich möchte kurz erwähnen: Nicht nur kurdische Einrichtungen, Migrantenorganisationen sind, wenn es um Förderung geht, immer bei der Integrations- und Migrationsbeauftragten, egal, welche Arbeit sie leisten oder machen. Ich frage mich, warum zum Beispiel der Bildungsbereich – also nicht nur Soziales – die Tür nicht für Migrantenorganisationen öffnet, also was kurdische Einrichtungen seit Jahren, über 30 Jahre – – Wir sind auch im Bildungsbereich. Wir sind auch Träger im Jugendhilfebereich. Wir leisten seit Jahren sehr gute pädagogische Arbeit, wir unterstützen Hunderte Familien und Kinder, aber immer wieder werden wir zum Integrations- und Migrationsbereich und zum sozialen Bereich geschickt. Das wollte ich einfach erwähnen.

Zweitens: Unser Antidiskriminierungsbereich hat ein Buch über den Beltz Verlag herausgegeben: „Kurdisches Leben in Deutschland. Eine (un-)sichtbare Realität zwischen Rassismus, Marginalisierung und (Nicht-)Anerkennung“. Man kann über den Beltz Verlag – – Es ist eine wissenschaftliche Expertise. Warum, wieso reden wir von Kurden und Kurdinnen? Sie sind nicht anerkannt. Sie sind nicht sichtbar. Wenn sie nicht sichtbar sind, wie können wir erwarten, dass sie an dieser Gesellschaft teilhaben; dieses Reden von Teilhabe? Das ist von der Akademie. Gerade habe ich das erwähnt. Wir können Ihnen das, wenn Sie wollen, auch per Post schicken. Ein paar Exemplare habe ich mitgebracht. Vielleicht können wir sie Ihnen geben. Da sind tatsächlich über Berlin – – Welche Bedürfnisse hat diese Community? – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar, vielen Dank! Wenn Sie fünf Exemplare dabei haben, können Sie gerne den Fraktionen je eines überlassen, wenn Sie möchten, oder sie holen sich das bei Ihnen ab. – Ich würde jetzt mit Blick auf die Uhr gerne der Rederunde der Anzuhörenden einen Schlusspunkt setzen, und die Senatorin hat noch das Wort für die Stellungnahme des Senats. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Zuallererst möchte ich natürlich sagen, dass ich die große Sorge über die aktuellen Entwicklungen, was Vertreibungen, Misshandlungen und Tötungen von Kurdinnen und Kurden angeht, sehr gut verstehen kann. Umso wichtiger ist es, dass es enga-

gierte Vereine und Gruppen gibt, die sich um die kurdische Diaspora in Berlin kümmern. Die gibt es hier in Berlin. Auch mein Haus, die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung fördert Projekte. Yekmal ist auch sehr aktiv. Parallel sind, glaube ich, Mitarbeitende auch im Bildungsausschuss, wo es eine Anhörung zur Mehrsprachigkeit gibt. Soweit ich weiß, wird Yekmal auch von der Senatsverwaltung für Bildung und von SenInnSport gefördert, aber das wissen Sie besser.

Auf jeden Fall möchte ich kurz erwähnen, wo wir unsere Aktivitäten haben. Im Rahmen des Förderprogramms Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung fördern wir die Rechts- und Verfahrensberatung. Im Programm Integrationslots:innen haben wir im Rahmen des Landesrahmenprogramms Träger, die sich gezielt an die Community richten. Wir haben auch in unserem PartInt-Programm das Projekt WIRKT!, das wir fördern, um hier auch Unterstützung zu leisten. Dieses Projekt stärkt Eltern und Communitys durch Gruppenarbeit, Fortbildung und kulturelle Beteiligung, um aktive gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Es soll gleichzeitig natürlich auch empower, qualifizieren und künstlerisch handwerkliche Projekte in dem Bereich stärken. Wir haben auch im Bereich des Landesrahmenprogramms Integrationslots:innen noch weitere Träger, die sich hier aktiv einbringen und das Leben in Berlin einfacher machen wollen durch niedrigschwellige Begleitung und Unterstützung. Für diese Arbeit möchte ich mich ganz herzlich bedanken. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt am Ende dieser Anhörung. Ich danke Ihnen noch mal ganz herzlich, dass Sie uns das alles mitgeteilt haben! Unsere Solidarität gilt all denen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, gerade in diesen schwierigen Zeiten. Das möchte ich hier gerne noch mal als Ausschuss zum Ausdruck bringen. Ich schlage vor, dass wir Punkt 3 a und 3 b vertagen, bis das Wortprotokoll da ist. – Es wird Einvernehmen darüber hergestellt; dann machen wir das so.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|-----------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bericht zum Partizipationsgesetz – PartMigG
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0240
IntGleich |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Förderprogramm Integration – Neue Perspektiven für die Migrationssozialdienste
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0241
IntGleich |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2274
**Gesundheitliche Akutversorgung sicherstellen –
Medipoint für Geflüchtete in der Unterkunft am
Tempelhofer Feld einrichten!**

[0225](#)
IntGleich(f)
GesPfleg*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2428
**Zeit für den Senat zu handeln: Einführung eines
Dublin-Abschiebezentrums in Berlin jetzt!**

[0220](#)
IntGleich
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2595
**Problemviertel-Monitoring zur gezielten
Bekämpfung gesellschaftlicher Desintegration,
Verwahrlosung und Gewalt**

[0227](#)
IntGleich
ArbSoz
StadtWohn(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.